

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/KIX/220

Bonn, den 16. November 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Verpflichtendes Erbe	86

In memoriam John F. Kennedy

Von Fritz Erler, MdB  
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

3 - 4	Die Sorge um Europa bleibt	64
-------	----------------------------	----

Es geht um die Sicherheit der freien Welt  
Von G. Markscheffel

4	Ein deutscher Patriot und guter Europäer	22
---	--	----

Zum Tod von Heinrich von Brentano

5	Blickpunkt Karlsruhe	42
---	----------------------	----

SPD-Parteitag in Funk und Fernsehen

Von Lothar Schwarz  
Referent für Rundfunkfragen beim Vorstand der SPD

6 - 7	Vom Wasserschöpfrad zur Wasserstoffbombe	62
-------	--	----

Mao entzündete das "Feuer der Sterne" in China  
Die nuklearen Machtblöcke verschieben sich in neue Perspektiven

Von Erwin Erasmus Koch

## Verpflichtendes Erbe

In memoriam John F. Kennedy

Von Fritz Erler, MdB

Vor einem Jahr ging die unfassbare Nachricht von der Ermordung des amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy um die Welt. Trauer, Niedergeschlagenheit, Empörung, Hader mit dem Schicksal waren die Gefühle von Millionen Menschen innerhalb und ausserhalb der Vereinigten Staaten von Amerika. Mit den Schüssen von Dallas war die Menschheit um eine Hoffnung ärmer geworden.

Dabei hatte nur eine hauchdünne Mehrheit der amerikanischen Bürger den jungen Präsidenten in sein Amt getragen. Wie sehr er seine Nation verändert hat, kann an dem glänzenden Sieg abgelesen werden, den sein Nachfolger, Präsident Johnson, im Zeichen der Erbschaft Kennedys erfocht.

Die kraftvolle Persönlichkeit Kennedys hat sein Land verändert. Aber auch die Weltpolitik läuft nicht mehr auf denselben Gleisen wie vor seiner Zeit. In klarer Erkenntnis der Tatsachen und Notwendigkeiten der Gegenwart schwebte Kennedy die Vision der Zukunft seines Landes und der Menschheit vor. Er machte sich an die Modernisierung der Vereinigten Staaten von Amerika. Selbst diese große leistungsfähige Industriegesellschaft hat noch viele dunkle Flecken. Die Menschenwürde gebot es, allen Bürgern des Landes ohne Rücksicht auf Hautfarbe oder Glaubensbekenntnis die gleichen Chancen einzuräumen. Die Arbeitslosigkeit mußte durch eine zielvolle Wirtschaftspolitik eingedämmt und der amerikanischen Wirtschaft zu neuem Wachstum verholfen werden. Zu einem Teil lastet die Arbeitslosigkeit auf den unzureichend ausgebildeten jungen Menschen. Daher wendete die Kennedy-Regierung viel Aufmerksamkeit dem Erziehungswesen und der Ausbildung der heranwachsenden Jugend, insbesondere auch der bisher vernachlässigten farbigen Jugend, zu. Gleichzeitig wurde ein Programm angepackt, um die in der amerikanischen Wirtschaft zurückgebliebenen Gebiete an das allgemeine Niveau heranzuführen. Und schließlich hat Amerika viel aufzuholen, um seinen Bürgern für den Fall der Krankheit und vor allem für das Alter ein höheres Maß an sozialer Sicherheit und damit Freiheit von Not zu gewähren. All das kann nur verwirklicht werden, wenn Forschung und Wissenschaft dazu beitragen, die Wirtschaft ergiebiger und die Menschen leistungsfähiger zu machen und die führende Position der Vereinigten Staaten im weltpolitischen Kräftespiel zu erhalten. So faßte Kennedy sein Wort von den "neuen Grenzen" auf, die es zu erreichen gelte.

Auf allen diesen Gebieten ist Johnson Kennedys Erbe. Seine Formel vom Kampf gegen die Armut deckt vor allem den sozialen Inhalt von Kennedys Politik. Natürlich rief das reaktionäre Kräfte auf den Plan. Sie wurden bei den Wahlen zur Präsidentschaft und zum Parlament vornichtend geschlagen. Amerika blickt nach vorn.

Kennedy setzte die Politik seiner Vorgänger fort, daß die Vereinigten Staaten sich ihrer Verantwortung für Freiheit und Frieden in der Welt bewußt sein müßten und sich nicht selbst in die Isolierung zurückziehen dürften. Diese Politik ist erneut von der amerikanischen Bürgerschaft bestätigt worden. Kennedy hat ihr aber neue Einsichten vermittelt und neue Formen gegeben. Hierher gehört das

großartige Wort, daß man nicht aus Furcht verhandeln, aber sich vor Verhandlungen auch nicht fürchten dürfe. Kennedy stärkte die Verteidigungskraft der Vereinigten Staaten und ließ keinen Zweifel an dem entschlossenen Willen, die Freiheit der USA und ihrer Verbündeten gegen jeden Anschlag anderer zu schützen. Aber gestützt auf diese Stärke bekundete er unablässig die Bereitschaft, in vernünftigen Verhandlungen an die Lösung der weltpolitischen Probleme heranzugehen. Er wußte, daß in der Welt von heute das Überleben der Menschheit auf dem Spiele steht, wenn die atomar gerüsteten Weltmächte sich zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen. Hier wurde zum erstenmal das gemeinsame Interesse der Weltmächte daran sichtbar, keine Zerstörung der Welt heraufzubeschwören. Das Abkommen über die Beendigung der meisten atomaren Versuchsexplosionen war der erste sichtbare Schritt; es folgte der "heiße Draht"; die Entmilitarisierung des Weltraums zeichnet sich ab. So ging Kennedy geduldig an weitere Probleme heran, ohne sich erpressen zu lassen. Seine entschlossene und gleichzeitig besonnene Haltung in der Kuba-Affäre setzte dem sowjetischen Machtrausch ein Ende und war damit gleichzeitig ein Sicherheitsgürtel für Berlin. Seitdem ist das sowjetische Ultimatum aus dem Jahre 1958 vergilbt, auch wenn die sowjetischen Zielsetzungen sich nicht geändert haben.

Kennedy nahm die Herausforderung der Kommunisten zu einem Wettstreit, welche Lebensform die überlegene sei, an, weil er von der Kraft der Freiheit überzeugt war. So entstand die Strategie des Friedens und als ihr unerlöschlicher Bestandteil das Angebot der gleichwertigen Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und einem sich zusammenschliessenden freien Europa.

Es ist bedauerlich, daß diese atlantische Partnerschaft durch das Wiederaufleben eines engstirnigen Nationalismus gefährdet wird. Welche Chance würde sich sonst der freien Welt bieten angesichts der Vorgänge im kommunistischen Machtbereich, die dazu führen, daß Moskau nicht mehr das einheitliche Befehlszentrum der kommunistischen Weltbewegung ist!

Kennedy hat diese Vorgänge kommen sehen. Er suchte nach gemeinsamen westlichen Antworten darauf. Das war der Inhalt seiner Politik der Bewegung, die so oft von den konservativen Kräften in Europa attackiert worden ist. Wer glaubt, konservativ beharren zu müssen, bearrt doch in Wahrheit auch auf der Teilung Deutschlands, die nur durch Bewegung in der Weltpolitik überwunden werden kann. Natürlich muß diese Bewegung die Elemente so kennen und steuern, daß sie zu westlichen Erfolgen führt und nicht etwa dem Gegenspieler dient. Dieselben, die glaubten, gegen Kennedys Politik der Bewegung Rückversicherung bei einer konservativen europäischen Regierung zu finden, begrüßen seltsamerweise deren eigenwillige Bewegung, obwohl sie mit unzulänglichen Mitteln das Ziel nicht zu erreichen vermag, sondern die gemeinschaftliche Antwort erschwert. Die weltpolitische Aufgabe der Lösung der großen Fragen unserer Zeit kann nur angepackt werden, wenn man mit angemessenen Mitteln und Möglichkeiten, also auch mit angemessener politischer Kraft, an sie herangeht. Das kann kein einzelner westlicher Staat vollbringen. Das kann auch Europa allein nicht ins Werk setzen. Hier wird die ganze Familie der freien Völker gebraucht. Deshalb gilt es, im Sinne Kennedys den Geist der Gemeinschaft dieser Völker zu bewahren und zu festigen. Darin hat die vom toten Präsidenten immer unterstützte deutsch-französische Freundschaft ihren richtigen Platz: eingebettet in die größere europäische Gemeinschaft und in die atlantische Solidarität.

## Die Sorge um Europa bleibt

Es geht um die Sicherheit der freien Welt

G.M. - Die Fragestunde am Freitag vergangener Woche im Bundestag war keine "Europa-Debatte"; sie war nicht einmal ein Ersatz dafür, sondern bestenfalls eine Gelegenheit für Außenminister Schröder, seine Widersacher in der eigenen Partei zunächst einmal zu stoppen. Daß hierfür der Bundestag herhalten und die Opposition dem Außenminister helfen mußte, die Politik der Regierung einigermaßen klar darzustellen, wirft ein bezeichnendes Licht auf den inneren Zustand jener Parteien, von denen man in der deutschen Zeitungssprache behauptet, sie trügen die Regierung. In der Fragestunde hat Außenminister Schröder das Gegenteil von dem gesagt, was die prominentesten seiner "Partei-freunde" wenige Tage vorher als die deutsche Außenpolitik verkündet hatten.

Aber lassen wir das. Die Sorge um Europa bleibt, auch wenn Herr Dufkues jetzt erklärt, die Opposition habe eine Niederlage erlitten und Europa eine Schlacht gewonnen.

Moskau hat das freie Europa wieder einmal gewarnt. Im Krenl wird behauptet, die NLF diene nur den "Revanchisten und Militaristen" in der Bundesrepublik als Vorwand dafür, selbst sobald wie möglich einen Finger an den Abzugshebel der atomaren Bewaffnung legen zu können. Europa wird also wieder enger zusammenrücken müssen - die Europäer selbst und Europa mit den USA - damit die freie Welt nicht auseinanderdividiert werden kann. Es ist das alte Spiel, das schon während der Korea-Krise von Moskau gespielt wurde.

Ist das freie Europa bereit, sich der sowjetischen Pressure, die jetzt sicher auch von Peking unterstützt wird, zu widersetzen? Mit dieser Frage sind wir wieder im Zentrum der Auseinandersetzung, die in den letzten Wochen die Regierungskoalition so stark erschüttert hat.

Staatspräsident de Gaulle, der ohne Zweifel stärkste Mann Frankreichs, einem Land, mit dem wir durch einen Freundschaftsvertrag verbunden sind, will die NLF nämlich auch nicht, es sei denn, die Bundesrepublik würde einer "europäischen NLF" zustimmen, bei der nicht allein die USA den "Finger am Drücker" hätten. Wie die übrigen EWG-Partner das Problem sehen, ist noch nicht ganz klar, denn in mehreren Hauptstädten wartet man zunächst ab, ob die britische Labour-Regierung mit Washington zu einem Akkord gelangt, in den dann alle Staaten Europas einstimmen könnten.

Auch hier zeigt sich, daß die letzte Fragestunde im Bundestag keine Antwort darauf geben konnte, welche Außenpolitik die Bundesregierung wirklich hat. Der Bundeskanzler, der laut Grundgesetz die Richtlinien der Politik bestimmen soll, schwieg sich aus. Der Außenminister mußte sich - wohl oder übel - zunächst einmal mit seinen parteiinternen Gegnern auseinandersetzen.

Vielleicht bringt uns das jüngste Ergebnis von Brüssel etwas weiter und vielleicht gibt uns auch der Besuch des britischen Außenministers in Bonn die Chance, das außenpolitische Dickicht, in das uns die Inaktivität des Bundeskanzlers hineingeführt hat, zu lichten. Hoffen wir es.

Die Grundsatzfrage jedoch, wie und mit wem die Bundesrepublik

Deutschland ihre Verteidigung und damit ihre Sicherheit und Freiheit organisieren kann und soll - diese Grundsatzfrage ist nicht eindeutig beantwortet, solange die Regierungsparteien sich nicht zu ihrer ursprünglich proklamierten Politik der atlantischen Gemeinschaft und Partnerschaft zurückfinden werden. Die von Herrn Gerstenmaier in Tokio und in Paris kreierte "Ellipsentheorie" und sein Zweier-Unions-Interview stehen immer noch im Raum. De Gaulles Widerstand gegen die MLF - z u s ä t z l i c h zum Moskauer Widerstand - ist noch nicht beseitigt und die "Gauillisten" in der CDU und in der CSU haben noch lange nicht "abgerüstet".

Die notwendige Auseinandersetzung über die richtigen Richtlinien der deutschen Politik muß also erst noch begonnen werden. Nicht in der Form eines Frage- und Antwortspiels, sondern in einer offenen Aussprache, an deren Ende ein klares JA oder NEIN der g a n z e n Regierung und der Parlamentsfraktionen stehen muß.

+ + +

#### Ein deutscher Patriot und guter Europäer

##### Zum Tod von Heinrich von Brentano

sp - Heinrich von Brentano, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und erster Aussenminister der Bundesrepublik fiel einer heintückischen Krankheit zum Opfer. Sein abwägendes Wort wird der Bundestag missen. Der Verlust für seine Partei wiegt schwer. Selbst in den leidenschaftlichsten Auseinandersetzungen um den richtigen Weg der deutschen Politik hat von Brantano in politischen Gegner immer den Weggeführten gesehen, der vom gleichen Bestreben erfüllt ist, unserem Volk zu dienen und ihm einen ehrenvollen Platz in der Völkerfamilie zu suchen.

Heinrich von Brentano, Abkömmling einer berühmten Familie, die aus der deutschen Politik und Literatur nicht wegzudenken ist, handelte zeit seines Lebens als guter Deutscher und Europäer. Er war ein Gegner jeder nationalistischen Verengung. Seine Unterschrift steht unter der Gemeinsamen Erklärung des Aktionskomittees für ein freies und einiges Europa. Von Brentano erwarb für Deutschland in der freien Welt viele und gute Freunde. Seine Persönlichkeit, sein lauterer Charakter strahlten Vertrauen aus. Die neue deutsche Demokratie fand in ihm einen ihrer besten Repräsentanten.

Mit ihm verlor unser Volk einen treuen Diener, einen Edelmann im wahrsten Sinne des Wortes und einen Wegbereiter für Europa.

+ + +

Blickpunkt Karlsruhe

SPD-Parteitag in Funk und Fernsehen

Von Lothar Schwarz

Referent für Rundfunkfragen beim Vorstand der SPD

Einen personeller und technischen Großeinsatz bereiten die Funk- und Fernsehanstalten für die Berichterstattung vom SPD-Parteitag 1964 vor. Erstes und Zweites Fernsehen werden vom 23. bis 27. November nicht nur in ihren tagesaktuellen Programmen "Tagesschau" und "heute" von den Beratungen und Beschlüssen in Karlsruhe berichten, sondern auch mehrere Sondersendungen mit Ausschnitten und Interviews vom Parteitag ausstrahlen.

Im ersten Programm beginnen diese Sonderberichte von jeweils fünf bzw. zehn Minuten am 23. und 24. November um 22.50 Uhr, am 26. November um 23.05 Uhr und am 27. November um 20.15 Uhr.

Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) überträgt am Eröffnungstag (23.11.) ab 23.00 Uhr Filmberichte aus Karlsruhe. Am Dienstag und Mittwoch beginnen weitere Sondersendungen auf dem Mainzer Bildschirm um 22.50 Uhr bzw. 22.40 Uhr. Die Sonderredaktion des ZDF meldet sich am Donnerstag um 22.20 Uhr und zum letztenmal am Freitag um 22.30 Uhr aus der Schwarzwaldhalle in Karlsruhe.

Bei den Landesrundfunkanstalten wird die ausführliche Berichterstattung schon am Sonntag mit Ausschnitten aus der Gedenkfeier im Staatstheater Karlsruhe aufgenommen. Außer Nachrichten und Kommentaren werden in den regionalen Hörfunkprogrammen - auf die Dauer des Parteitags verteilt - täglich Sonderbeiträge aus Karlsruhe gesendet.

Der Westdeutsche und der Norddeutsche Rundfunk haben die genauen Sende Termine bereits festgelegt: Sonntag, den 22. November, von 15.05 bis 16.15 Uhr; Montag, den 23. November, bis Freitag, den 27. November, jeweils von 18.30 bis 18.40 Uhr im Mittelwellen-Programm.

Der Süddeutsche Rundfunk wird den anderen Funkhäusern täglich 10 bis 15 Minuten Parteiberichte überspielen. Sie werden von dort jeweils in den frühen Abendstunden im Rahmen der feststehenden Sendezeiten für Politik und Zeitgeschehen ausgestrahlt.

Der Deutschlandfunk in Köln will vor allem die Bevölkerung in Mitteldeutschland an den bedeutsamen politischen Ereignissen in Karlsruhe teilnehmen lassen. Diese Anstalt wird am 25. November (Mittwoch) von 22.00 bis 22.20 Uhr und am 27. November (Freitag) von 22.00 bis 22.15 Uhr zusammenfassende Berichte über den SPD-Parteitag senden. Außerdem sind für die laufende nachrichtliche Versorgung des DLF-Programms eigens zwei Redakteure in Karlsruhe anwesend.

Die "Deutsche Welle", deren Programme per Richtstrahler mehrere Kontinente erreichen, plant für ihre fremdsprachlichen Sendungen mehrere Interviews mit führenden Sozialdemokraten in Englisch und Französisch. Auch die in Übersee lebenden Deutschen sollen durch Ausschnitte, Nachrichten und Kommentare aus Karlsruhe eingehend informiert werden.

### Vom Wasserschöpfrad zur Wasserstoffbombe

Mao entzündete das "Feuer der Sterne" in China

Die nuklearen Machtblöcke verschieben sich in neue Perspektiven

Von Erwin Erasmus Koch

Das nukleare "Gleichgewicht der Mächte" gerät ins Schwanken. Putschchina hat entgegen verbreiteten Ansichten der führenden Mächte des Westens am 16. Oktober 1964 bereits eine thermonukleare Apparatur und nicht nur eine "einfache Atombombe" zur Explosion gebracht. Weitere Tests werden vorbereitet. Die Volksrepublik China hat zweifellos den "Großen Sprung" vom Wasserschöpfrad zur Wasserstoffbombe in fünfzehn Jahren unmittelbar, unter Umgehung der Entwicklung von Kernspaltungsbomben, vollzogen. Präsident Johnson steht nunmehr - zu Beginn seiner neuen Amtszeit - der Aufgabe gegenüber, eine Klärung des Verhältnisses der USA zu der Volksrepublik China herbeizuführen. Das bedingt auch die Entscheidung der Nachfolger Khruschschows im Kreml: Wird die Politik der Koexistenz mit den USA fortgesetzt, oder wird die Sowjetunion im erneuerten Waffenbündnis mit China den militanten Kurs der chinesischen Weltrevolutionäre einschlagen?

### Keine "einfache Atombombe"

Messungen des Fallouts der in Sinkiang explodierten Kernwaffe Mao Tse-tungs haben die Zweifel über die Art der erprobten Bombe zerstreut. Die in der Taklamakan-Wüste detonierte nukleare Apparatur, eine noch ungefügte Vorrichtung am Stahlmast, war eine Lithiumverbindung. Mit anderen Worten: Eine Kernverschmelzungswaffe und keine Kernspaltungsbombe. In waffentechnischer Hinsicht eine unmittelbare Vorstufe zur H-Bombe oder einfach ihre unterste Stufe. Mao Tse-tung hat das "Feuer der Sterne" in China entzündet. Registrierungen eines sehr starken Bebens aus dem Raum der Mongolei zur Zeit des Tests ließen bald diese Vermutung aufkommen. Die US-Atomenergiekommission gab allerdings vor den amerikanischen Wahlen entsprechenden wissenschaftlichen Analysen keinen Raum. Die "Neue Zürcher Zeitung" bestätigt nun am 10. November die Detonation einer "schmutzigen" nuklearen Waffe in China, einer Lithiumverbindung mit einem "schmutzigen Mantel" von Uran 238. Demnach vertritt der japanische Kernphysiker Seitaro Nakamura die Ansicht, daß die Volksrepublik China "den Schritt von der Fission (Kernspaltung) zur Fusion (Kernverschmelzung) sehr schnell vollzieht". Die Explosion des Lithiumgemisches stehe fest. Zur Zündung setzt sie einige "einfache Atombomben" voraus, also Uran 235 oder Plutoniumwaffen.

### Geheindienste versagen

Das Fazit des ersten rotchinesischer Tests: Die Prognosen der Geheindienste des Westens waren falsch. Sie gaben China noch ungefähr ein Jahrzehnt zur Entwicklung der Wasserstoffwaffe. Auch der Weg zum nuklearen Waffenarsenal wird also kürzer sein. Da weiter chinesische Physiker bei der Auswertung der Stalin überlassenen deutschen Raketenentwicklung beteiligt waren, da weiterhin die Chinesen bereits vor einem Jahrtausend Raketen zu bauen verstanden,

darf angenommen werden, daß auch die Trägerwaffenkonstruktion in Rotchina vollkommener ist, als es militärische Erkundungen ergaben. Dem Westen liegen Beweise für die Serienproduktion von Kurz- und Mittelstrecken-Raketen bis zu 1 000 Kilometer Reichweite des Peking-Regimes vor. Seit etwa 1960 wird in offenbar unterirdischen Montageanlagen der Prototyp eines chinesischen Weitstrecker-Düsenbombers serienmäßig gebaut. Der Weg zur interkontinentalen Rakete ist zweifellos äußerst schwierig und kostspielig, doch die Entwicklung der Wasserstoffwaffe erlaubt den Schluß, daß Peking diesen Weg gleichfalls geht. Allerdings sind ihm vorläufig enge Grenzen gesetzt; das chinesische Volkseinkommen von gegenwärtig ungefähr 50 Milliarden Yuan jährlich (1 Yuan = 0,400 US-Dollar) kann mit der modernsten Waffenentwicklung selbst bei erzwungenen äußersten Entbehrungen der Nation nicht Schritt halten.

#### Offene Fragen und Widersprüche

Trotzdem dürfte die Nuklearmacht Rotchina um 1970 wohl eine Tatsache sein. Die "Volksbefreiungsarmee" ist bereits auf den Einsatz taktischer Atomwaffen reorganisiert worden. Präsident Johnson, aber auch die neue Krenlführung stehen zu Beginn einer Regierungsära vor außerordentlich schwerwiegenden Entscheidungen:

- \* Wird die Volksrepublik China in die UNO aufgenommen?
- \*
- \* Wird Rotchina auf seine militante Haltung gegenüber dem Westen verzichten?
- \*
- \* Wird Rotchina der Befriedung Südostasiens im Sinne der Vorstellungen Johnsons zugänglich sein?
- \*
- \* Oder wird Rotchina mit der Sowjetunion einen nuklearen Monolithen bilden, also mit der UdSSR zusammen der friedlichen Koexistenz entsagen?

Bisher wurde in 22 Gesprächen auf Botschafterebene zwischen den USA und der Volksrepublik China ständig sinnlose Forderungen der Chinesen wiederholt: Abzug der USA aus Formosa, aus Südostasien, aus Südkorea und die Aufgabe Okinawas. Das Weiße Haus läßt neuerdings die Bereitschaft zu "eingehenden" Verhandlungen und sogar Zugeständnissen erkennen, vorausgesetzt, daß China seiner militanten Haltung glaubwürdig entsagt. Die Chinesen sind kluge Leute. Sie wollen sicher keinen nuklearen Selbstmord begehen. Aber Mao glaubt, im Schachmatt der Nuklearwaffen verhältnismäßig ungestört die kommunistische Revolution in der farbigen Welt betreiben zu können. Im Grunde stimmt ihm die Sowjetunion darin zu. Dann aber könnte es auf die Dauer keine friedliche Koexistenz geben. Auf sie baut jedoch der Kreml. Ein Widerspruch folgt dem anderen.